

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2015

**DER DELEGATION FÜR DIE
EWR/EFTA-PARLAMANTARIERKOMITEES**

**Parlamentarierkomitee
der EFTA-Länder (CMP)**

**Parlamentarierkomitee
der EWR/EFTA-Staaten (MPS)**

**EWR- und EU-
Parlamentarierkomitee (JPC)**

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees	3
2.	Die liechtensteinische Delegation	4
3.	Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 12. bis 14. Januar 2015 in Ankara	4
4.	44. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees (Joint Parliamentary Committee) vom 16. bis 18. März 2015 in Fredrikstad	6
5.	Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 13. bis 17. April 2015 in Washington D.C. und Brasilien.....	8
6.	110. CMP- und 77. MPS-Meeting, 52. EFTA-Ministertreffen und 16. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee am 22. Juni 2015 in Schaan	11
7.	MPS-Büro Meeting am 17. November 2015 in Brüssel	12
8.	7. Treffen der EWR/EFTA-Minister mit dem Parlamentarier- und Konsultativkomitee am 17. November 2015 in Brüssel	13
9.	4. Gemeinsames Meeting mit dem EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden und dem EWR/EFTA-Parlamentarierkomitee am 17. November 2015 in Brüssel	14
10.	Gemeinsame Konferenz des EWR/EFTA-Parlamentarier- und Konsultativkomitees zum Thema «The European Project in turbulent Times» am 18. November 2015 in Brüssel	15
11.	45. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees (Joint Parliamentary Committee) vom 19. November 2015 in Brüssel.....	16
12.	111. CMP- und 78. MPS-Meeting sowie 53. EFTA-Ministertreffen am 23. November 2015 in Genf	18
13.	Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 24. bis 26. November 2015 in Tiflis.....	19
14.	Zusammenarbeit	20
15.	Reisekosten und Taggelder der Delegation.....	21
16.	Schlusswort und Antrag.....	21

Anhang:

- Resolution on The Transatlantic Trade and Investment Partnership and its possible implications for the EEA EFTA States – Iceland, Liechtenstein and Norway (17.03.2015)
- Resolution on Industrial Policy in Europe (17.03.2015)
- Resolution on The Annual Report of the EEA Joint Committee on the Functioning of the EEA Agreement in 2014 (19.11.2015)
- Resolution on The Digital Single Market Strategy (19.11.2015)
- Resolution on The Energy Union (19.11.2015)

1. EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees

Mit dem Jahresbericht 2015 der EWR/EFTA-Parlamentarierdelegation wird der Hohe Landtag über die Sitzungen der Parlamentarierkomitees sowie über die Entwicklungen in diesen Gremien und in der Vertragsgemeinschaft informiert.

Das Fürstentum Liechtenstein ist in den folgenden drei Parlamentarierkomitees mit jeweils zwei stimmberechtigten Abgeordneten vertreten:

- Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder
Committee of Members of Parliament of the EFTA Countries (CMP)
- Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten
Committee of Members of Parliament of the EFTA States (MPS)
- Gemeinsames EWR- und EU-Parlamentarierkomitee
Joint Parliamentary Committee (JPC)

Im Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder (CMP) sind Parlamentarier aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz vertreten. Das Komitee befasst sich mit Fragen, welche die EFTA als Ganzes sowie Drittlandbeziehungen der EFTA betreffen. Dazu nehmen die Delegierten auch an Treffen mit Parlamentariern anderer Staaten teil, insbesondere mit Delegierten von EFTA-Vertragsstaaten sowie mit Vertretern aus Ländern, mit denen sich die EFTA in Vertragsverhandlungen oder die EU in Beitrittsverhandlungen befindet. Das Parlamentarierkomitee der EFTA kommt mehrmals jährlich zusammen. Zusätzlich trifft es zweimal jährlich den EFTA-Ministerrat und einmal pro Jahr das Konsultativkomitee der EFTA. Letzteres setzt sich aus Vertretern der Sozialpartner sämtlicher Mitgliedsländer zusammen.

Mit dem Inkrafttreten des EWR wurde 1994 zusätzlich das Komitee der Parlamentarier aus den EWR/EFTA-Staaten (MPS) gebildet. Dieses befasst sich im Speziellen mit Fragen des EWR und gibt Stellungnahmen zu Angelegenheiten des EWR ab. Jährliche Treffen finden hierzu seit 2009 mit dem Ständigen Ausschuss der EWR/EFTA-Minister statt. Zusätzlich finden seit 2011 Treffen mit dem am 22. Juni 2010 gegründeten informellen EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden statt (Liechtenstein hat vorerst beschlossen, sich nicht an diesem Forum zu beteiligen). Norwegen ist in diesem Komitee mit sechs, Island mit vier und Liechtenstein mit zwei Parlamentariern vertreten. Die Schweizer Delegation hat in den Meetings des MPS Beobachterstatus.

Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee (JPC) besteht sowohl aus Mitgliedern der nationalen Parlamente der EWR/EFTA-Staaten wie auch aus einer Delegation des Europäischen Parlaments. Die Schweiz besitzt in diesem Gremium Beobachterstatus. Das JPC ist nicht direkt in das EU-Beschlussfassungsverfahren involviert, kann aber in der Vorphase am EU-Rechtsetzungsprozess mitwirken (Decision Shaping). Durch den Dialog und die Beratung trägt das Komitee zu einem besseren Verständnis zwischen der Gemeinschaft und den EFTA-Staaten bei. Dazu nehmen auch Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses und

der EFTA-Überwachungsbehörde (ESA) zwecks Informations- und Meinungsaustausch an den Sitzungen teil. Das Komitee tritt üblicherweise zweimal im Jahr zusammen.

2. Die liechtensteinische Delegation

Die liechtensteinische Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees setzt sich seit der Landtags-Eröffnungssitzung vom 27. Februar 2014 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Elfried Hasler, Delegationsleiter
- Abg. Harry Quaderer, ordentliches Mitglied
- Abg. Eugen Nägele, stellvertretendes Mitglied
- Stv. Abg. Manfred Kaufmann, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

3. Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 12. bis 14. Januar 2015 in Ankara

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war bei diesem Arbeitsbesuch durch die Abgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben der liechtensteinischen Delegation nahmen auch Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Norwegen, Island und der Schweiz teil.

Ziel des Besuchs

Das Hauptziel des Besuchs war, sich mit Parlamentariern, Regierungsvertretern, Beamten und Interessensgruppen über die Stärkung des bestehenden Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und der Türkei auszutauschen.

Gespräche mit verschiedenen Partnern

Die Türkei, mit ihrer in den letzten Jahren beeindruckenden wirtschaftlichen Entwicklung, ist ein wichtiger Handelspartner der EFTA-Staaten. Das Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und der Türkei trat am 1. April 1992 in Kraft und war eines der ersten Freihandelsabkommen welches die EFTA-Länder abschlossen. Das Freihandelsabkommen beinhaltet vor allem Bestimmungen über den Warenverkehr und den Schutz der Rechte an geistigem Eigentum. In den letzten 20 Jahren hat sich das Abkommen vorteilhaft sowohl für die türkische als auch für die EFTA-Seite erwiesen. Aufgrund der Entwicklungen im Internationalen Handel dienen die laufenden Beratungen der Erweiterung des bestehenden

Abkommens um zusätzliche Verpflichtungen für den Handel mit Dienstleistungen, für Investitionen und für das öffentliche Beschaffungswesen.

Während dem zweitägigen Arbeitsbesuch fanden Treffen mit dem Wirtschaftsminister Nihat Zeybekci, dem Untersekretär für Europäische Angelegenheiten Murat Salim Esenli, mit Mehmet Sayim Tekelioglu, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für EU-Harmonisierung, Ahmet Berat Conkar, Vorsitzender des Aussenpolitischen Ausschusses, Recai Berber, Vorsitzender des Budgetausschusses, Ibrahim Halil Mazicioglu, Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Handel und Energie sowie mit verschiedenen Vertretern der Geschäftswelt statt.

Die EFTA-Parlamentarier nahmen auch die Gelegenheit wahr, andere aktuelle und relevante Themen wie die Beziehungen der Türkei zur Europäischen Union sowie die Auswirkungen einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den Vereinigten Staaten zu thematisieren.

Treffen mit Vertretern des türkischen Parlaments

Die Vertreter des türkischen Parlaments erachten die vorgesehene Aktualisierung des Freihandelsabkommens zwischen der EFTA und der Türkei als sehr positiv und unterstrichen beim Treffen das Potenzial für die Ausweitung des Handels, vor allem im Dienstleistungssektor. In diesem Zusammenhang hat die türkische Seite ein besonderes Interesse an Visaerleichterungen um die gegenseitigen Geschäftsbeziehungen zu verbessern. Weiter kam in den Ausführungen der türkischen Parlamentarier zum Ausdruck, dass sich die Türkei als strategischer Partner für die EFTA in den Sektoren Tourismus, Industrie und Energie betrachtet. Ebenfalls unterstrichen die türkischen Parlamentsvertreter ihre Bemühungen zur Liberalisierung der Wirtschaft. Alle vier Parlamentarierausschüsse betonten in ihren Ausführungen die Herausforderungen mit der EU und der Zollunion und teilten die Meinung der Minister, dass die aktuelle Situation nicht nachhaltig sei. Sie unterstrichen die Sinnhaftigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Türkei und den EFTA-Staaten in den Bereichen der europäischen Integration und insbesondere bezüglich TTIP.

Fazit

Aus Sicht der EFTA-Parlamentarierdelegation trugen die verschiedenen Gespräche positiv, zur politischen Unterstützung der laufenden Verhandlungen mit der Türkei zur Erweiterung des bestehenden Abkommens, bei.

Sowohl die Vertreter der Ministerien als auch die Vertreter der parlamentarischen Ausschüsse hielten fest, dass die derzeitige Zollunion mit der EU unausgewogen sei, da Drittstaaten bei der Unterzeichnung eines Freihandelsabkommens mit der EU der Zugang zum türkischen Markt gewährt werde, im Gegenzug die Türkei aber keinen Zugang zu diesen Drittstaaten erhalte. So könnte die aktuelle Zollunion mit der EU im Falle der Unterzeichnung des TTIP nicht fortgesetzt werden.

4. 44. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees (Joint Parliamentary Committee) vom 16. bis 18. März 2015 in Fredrikstad

Delegationen

Am 44. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter), Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Delegationen aus Island und Norwegen teil. Eine Parlamentarierin aus der Schweiz war als Beobachterin anwesend. Seitens des EU-Parlaments nahmen Abgeordnete aus Dänemark und dem Vereinigten Königreich an diesem Treffen teil.

Durch die Sitzung führte der Abg. Elfried Hasler als Vorsitzender des Komitees.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Nach der Eröffnung der 44. Gemeinsamen Sitzung des EWR- und EU-Parlamentarierkomitees wurden die Teilnehmer über die allgemeinen Entwicklungen und das Funktionieren des EWR-Abkommens informiert. Es sprachen Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses sowie der EFTA-Überwachungsbehörde. Dabei wurde einmal mehr der «Backlog» thematisiert. Dabei handelt es sich um EWR-relevante Rechtsakte, die noch nicht in das EWR-Abkommen inkorporiert wurden, aber auf der EU-Seite bereits anwendbar sind. Seit geraumer Zeit wird versucht, das Inkorporierungsverfahren zu beschleunigen, so dass der anwendbare und für den Binnenmarkt relevante Rechtsbestand im EWR so zeitnah wie möglich homogen gehalten werden kann. Zu diesem Zweck haben die EWR/EFTA-Staaten im Jahr 2014 neue Verfahrensregeln für ein beschleunigtes Übernahmeverfahren angenommen, welche im Herbst 2014 in Kraft getreten sind. Der Europäische Auswärtige Dienst erkannte die positiven Anstrengungen der EWR/EFTA-Seite zur Verringerung des «Backlog» an. Die Verbesserungen sind aber aus Sicht der Europäischen Union nicht ausreichend und der «Backlog» wird weiterhin als zu hoch angesehen.

Bericht «TTIP und seine Auswirkungen auf den EWR»

Ein weiteres wichtiges Thema auf der Tagesordnung in Fredrikstad waren die laufenden Verhandlungen über eine Transatlantisches Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der EU und den USA. In der verabschiedeten Resolution wird besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen eines solchen Freihandelsabkommens auf die EWR-Staaten gelegt. Die EWR/EFTA-Staaten sind durch das EWR-Abkommen im Europäischen Binnenmarkt integriert und sämtliche Binnenmarktregeln sind auch für die EWR/EFTA-Staaten verpflichtend. Somit würde ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA auch grossen Einfluss auf den Europäischen Binnenmarkt haben und auch die EWR/EFTA-Staaten betreffen. Das Gemeinsame EWR- und EU-Parlamentarierkomitee wird die Verhandlungen weiterhin eng verfolgen.

Es folgte ein Statement von Lars Jacob Hiim, Staatssekretär im norwegischen Ministerium für Handel, Industrie und Fischerei zum Thema TTIP. Anschliessend informierte Arne Melchior vom norwegischen Institut für Internationale Angelegenheiten (NUPI) über den Report «TTIP – Wirtschaftliche Konsequenzen und Möglichkeiten für Drittstaaten: der Fall Norwegen». Der Report kommt zum Schluss, dass das Freihandelsabkommen substantielle Auswirkungen auf die EWR-Staaten haben würde. Weiter führte der Redner aber auch aus, dass das Abkommen zwar bedeutend sei, doch weltweit gesehen nicht das wichtigste Freihandelsabkommen werden wird.

Bericht «Industriestrategie in Europa»

Ebenfalls an der Sitzung diskutiert wurde ein Bericht zum Thema «Industriestrategie in Europa». Der verstärkte Approach der EU, ihre Industriepolitik horizontal in grösserem Zusammenhang mit anderen Wirtschaftssektoren anzugehen, könnte für die EWR/EFTA-Staaten zu einer Herausforderung werden, denn eine klare Abgrenzung, welcher Inhalt in das EWR-Abkommen aufgenommen werden muss, basiert auf den einzelnen erfassten Sektoren. Somit ist es für die EWR/EFTA-Staaten wichtig, die Entwicklung der Industriestrategie in der EU und die Initiativen, welche die Bedingungen für die Industrie im EWR beeinflussen, eng zu überwachen.

Die verabschiedete Resolution fordert die Europäische Union daher dazu auf, diesbezüglich engen Kontakt zu den Regierungen und Parlamenten der EWR/EFTA-Staaten zu halten. Dies vor allem bei der Entwicklung neuer EU Massnahmen, welche wichtig für die EWR/EFTA-Staaten sind, insbesondere bei der Zusammenarbeit in den Bereichen Marktzugang, Regulierung, Energie und Umwelt. Die Resolution unterstreicht, dass bei der Entwicklung neuer Strategien alle geplanten Massnahmen im Einklang mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des Industriesektors in der EU und in den EWR/EFTA-Staaten im Vergleich zu anderen konkurrierenden Regionen der Welt stehen sollten.

Die «Digitale Agenda» der Europäischen Union

Catherine Stihler, Mitglied des Europäischen Parlaments, gab dem Komitee ein kurzes Update über den Status der Digitalen Agenda in der EU. Der digitale Binnenmarkt und die Herausforderungen in der Digitaltechnik sind Schwerpunkte im Arbeitsprogramm 2015 der Europäischen Kommission und ebenfalls von grossem Interesse für die EWR/EFTA-Staaten.

Ebenso referierte Finn Myrstad vom norwegischen Konsumentenrat über die Entwicklungen und Herausforderungen welche die Digitale Agenda für die EWR/EFTA-Staaten bringen könnte.

Zukünftige Arbeit des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees

In der Diskussion über die zukünftige Arbeit des Komitees kamen von den einzelnen Delegationsmitgliedern verschiedene Vorschläge zur Sprache. Einerseits solle sich das Komitee verstärkt mit der Zukunft der Europäischen Union und den

Entwicklungen im Vereinigten Königreich auseinandersetzen, andererseits besteht der Wunsch bestimmte Themen wie TTIP, die Arktis, Energie und Klima oder die Digitale Agenda regelmässig auf die Agenda zu setzen.

5. Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 13. bis 17. April 2015 in Washington D.C. und Brasilien

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war bei diesem Arbeitsbesuch durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den liechtensteinischen Delegierten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Norwegen, Island und der Schweiz sowie Vertreter des EFTA-Sekretariats teil. Aufgrund einer kurzfristigen Verhinderung der Schweizer Delegationsleiterin des EFTA-Parlamentarierkomitees übernahm der Abgeordnete Elfried Hasler die Gesamtleitung des Komitees.

Washington D.C., 13. und 14. April 2015

Die Verhandlungen zwischen der Europäischen Union und den USA über eine umfassende transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) und deren mögliche Auswirkungen standen im Zentrum der Gespräche des Parlamentarierkomitees in Washington D.C.

Seit 2013 verhandeln die EU und die USA über eine umfassende transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft. Ziel ist neben dem Zollabbau für Industrie- und Agrarprodukte insbesondere die Beseitigung von nichttarifären Handelshemmnissen. Das Abkommen soll auch Bestimmungen zu Dienstleistungen, dem öffentlichen Beschaffungswesen, dem Schutz des geistigen Eigentums und dem Wettbewerb umfassen sowie den Investitionsschutz stärken. Die EU und die USA haben bisher eine Beteiligung weiterer Staaten an den Verhandlungen ausgeschlossen.

Die EFTA-Staaten zeigten sich beunruhigt über das Diskriminierungspotenzial, welches der Abschluss eines solchen Abkommens mit sich bringen könnte. Auf Initiative der EFTA wurde im Herbst 2013 ein handelspolitischer Dialog zwischen den USA und den EFTA-Staaten realisiert. Zweck dieser Plattform ist es, Informationen aus erster Hand zu den laufenden Verhandlungen zu erhalten sowie die Interessen der EFTA gegenüber den USA sicherzustellen. Die EFTA-Staaten setzen sich dafür ein, dass das TTIP grundsätzlich die Möglichkeit einer Beteiligung von Drittstaaten am ausgehandelten Abkommen vorsieht. Ob es jedoch dazu kommen wird, ist noch völlig offen.

Vor diesem Hintergrund entschied das EFTA-Parlamentarierkomitee, den Dialog auf eine parlamentarische Ebene auszuweiten. Während des Arbeitsbesuchs in Washington D.C. fanden Treffen mit Mitgliedern des TTIP-Ausschusses im US-

Kongress, dem TTIP-Chefunterhändler Dan Mullaney und Vertretern der US-Handelskammer statt.

Das «European Institute» organisierte eine Panel-Diskussion zum Thema «TTIP and Beyond: Implications for Third Countries: An EFTA Perspective». Am Panel beteiligten sich der norwegische Abgeordnete Gunnar Gundersen, der schweizerische Nationalrat Thomas Aeschi, Georges Bauer seitens der EFTA, Miriam Sapiro, ehemalige stellvertretende US-Handelsvertreterin sowie Gary Clyde Hufbauer, Senior Fellow des Peterson Instituts für Internationale Wirtschaft. In der Diskussion führte Miriam Sapiro aus, dass das TTIP mehr als ein bilaterales Abkommen zwischen zwei Parteien sei; es könnte einen globalen Standard für Handel setzen. Weiter unterstrich sie, dass sowohl die USA als auch Europa ihre Standards als die jeweils Besten sehen. Somit sei die Zustimmung auf gemeinsame Standards eine grosse Herausforderung. Gary Clyde Hufbauer führte aus, dass das Andocken an ein bestehendes überregionales Abkommen wie TTIP nicht unbedingt ratsam sei, da dabei ein Gesamtpaket ohne Mitsprache übernommen werden müsse. Weiter erklärte er, dass die Verhandlungen wahrscheinlich bis ins Jahr 2017 andauern werden.

Am zweiten Tag des Arbeitsbesuchs des Parlamentarierkomitees fand ein Treffen mit Mitgliedern des TTIP-Ausschusses im US-Kongress statt. Dabei erklärte der Abgeordnete und Co-Vorsitzende des TTIP-Ausschusses Richard Neal, dass, TTIP im Kongress gut akzeptiert sei und es wenig Widerstand gebe. Weiter führte er aus, dass TTIP einen weltweiten Standard setzen könnte und andere Staaten wie z.B. China diesem folgen müssten.

Die liechtensteinische Delegation nutzte ihren Aufenthalt in Washington D.C. auch für ein Arbeitsgespräch mit der liechtensteinischen Botschafterin Claudia Fritsche. Dabei wurden TTIP, aber auch die bilateralen Beziehungen zwischen Liechtenstein und den USA thematisiert. Claudia Fritsche sowie die weiteren drei EFTA-Botschafter in Washington D.C. unterstützten und begleiteten die Delegation vor und während ihres Aufenthalts vor Ort.

Fazit

Der aktuelle Schwerpunkt der Verhandlungen liegt gemäss dem amerikanischen Handelsvertreter in der Regulierungsfrage. Das Ziel sei nicht die Liberalisierung, sondern das Setzen von Standards. Somit könnten Dritte und weitere Interessensgruppen zu einem späteren Zeitpunkt in die regulatorische Zusammenarbeit miteinbezogen werden. Ziel ist, ein gutes Abkommen zu erhalten ohne Werte zu opfern und ohne Umwelt-, Gesundheits- oder Arbeitsstandards zu senken. Die Europäische Union sowie die USA haben beide reglementierte Gesellschaften mit hohen Standards, aber die Standards und Regulatorien sind nicht dieselben. Ebenfalls ist der geopolitische Aspekt für die USA wichtig. Die USA sieht TTIP als ein Mittel zur Wirtschaftsöffnung anderer Staaten. In Bezug auf die Möglichkeit von Drittländern, sich am Abkommen zu assoziieren, erklärte der Handelsvertreter, dass sich die beiden Verhandlungspartner dazu noch nicht geäussert haben. Allerdings ermutigte er die EFTA-Staaten, sich über ihre Position klar zu werden – sei es über ein späteres Andocken oder einen bilateralen Ansatz.

Das Ziel sei aber, einen Block zu schaffen, welcher Möglichkeiten für weitere Teilnehmer beinhalte. Die USA sehen TTIP und TPP (Trans-Pacific Partnership) als mögliche Entwürfe, um den WTO-Prozess weiterzuführen. Trotz allem seien die ausgehandelten Tarife lediglich zwischen der Europäischen Union und den USA gültig, aber andere Bereiche des Abkommens, z.B. Handelserleichterungen, könnten auch für Drittstaaten möglich sein.

Brasilia und Rio de Janeiro, 15. bis 17. April 2015

Das Ziel des Arbeitsbesuchs in Brasilien war es, den Beziehungen zwischen dem Mercosur und der EFTA durch die Wiederaufnahme des Handelsdialogs eine neue Dynamik zu verleihen. Das Parlamentarierkomitee nutzte die Gelegenheit, seinen brasilianischen Gesprächspartnern den Mehrwert eines Freihandelsabkommens zwischen Mercosur und den EFTA-Staaten darzulegen.

Es fanden Treffen mit dem Präsidenten der Abgeordnetenkammer, Mitgliedern der Aussenpolitischen Kommission, der Wirtschaftskommission sowie weiteren Vertretern des brasilianischen Kongresses statt. Ebenso traf sich das Parlamentarierkomitee mit dem Vizeminister und dem Chefunterhändler des Aussenministeriums, dem Vizeminister und dem Leiter der Internationalen Verhandlungen des Ministeriums für Entwicklung, Industrie und Handel, der brasilianischen Vereinigung für Industrie, einem Privatdozenten, Vertretern von Think-Tanks, den schweizerischen und norwegischen Handelskammern, dem Swiss Business Hub, Innovation Norway und Vertretern der schweizerischen und norwegischen Botschaften.

Mercosur (Gründungsjahr 1991) ist der Zusammenschluss der südamerikanischen Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay und seit 2012 auch Venezuela. Im Jahr 2000 unterzeichneten die EFTA-Staaten und Mercosur eine Zusammenarbeitserklärung. Die Fortschritte der Diskussion bezüglich Handelserleichterungen waren seither aber sehr bescheiden. Im März 2015 wurde seitens der EFTA ein neuer Anlauf unternommen um dem schleppenden Verhandlungsverlauf eine neue Dynamik zu verleihen. Die EFTA und Mercosur-Staaten einigten sich auf einen Exploratory Dialogue im Hinblick auf ein mögliches Freihandelsabkommen. Somit fand der Arbeitsbesuch des Parlamentarierkomitees in einem günstigen Moment statt. Dazu kam, dass Brasilien im ersten Halbjahr 2015 den Vorsitz im Mercosur innehatte. Mercosur ist der grösste Handelspartner der EFTA in Lateinamerika.

Fazit

Die brasilianischen Gesprächspartner zeigten sich mehrheitlich gewillt, Optionen zur Errichtung von Freihandelsbeziehungen mit den EFTA-Staaten zu prüfen. Dies aufgrund der schwächeren wirtschaftlichen Aussichten und des Umstands, dass der Handel innerhalb Mercosur keine weitere Steigerung bringen kann. Ein weiterer positiver Faktor war der Vorsitz Brasiliens, gefolgt von Paraguay und Uruguay, welche alle einer Öffnung ihrer Märkte positiv gegenüber stehen.

Mercosurs Interesse an einem Freihandelsabkommen mit der EFTA scheint derzeit stärker als in den Jahren zuvor zu sein. Einige Vertreter erwähnten zudem die Möglichkeit von bilateralen Verhandlungen über Handelserleichterungen zwischen Brasilien und der EFTA.

6. 110. CMP- und 77. MPS-Meeting, 52. EFTA-Ministertreffen und 16. Joint Meeting mit dem Konsultativkomitee am 22. Juni 2015 in Schaan

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter, Harry Quaderer, den Stv. Abgeordneten Manfred Kaufmann sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren die Minister und die Vertreter der Sozialpartner der EFTA-Staaten anwesend.

110. CMP- und 77. MPS-Meeting am 22. Juni in Schaan

Das Komitee wurde seitens des EFTA-Sekretariats über die neusten Entwicklungen im EWR-Abkommen informiert. Die grosse Mehrheit der EWR-relevanten Rechtsakte sei klar und deren Übernahme erfolge problemlos. Manchmal gebe es jedoch verschiedene Ansichten, wie ein Rechtsakt integriert werden solle. Solche Rechtsakte seien oft komplexe, rechtliche, institutionelle und politische Herausforderungen, die oft mit der Zwei-Pfeiler-Struktur des EWR zusammenhängen. Hier könne eine Lösung, welcher alle Parteien zustimmten, einige Zeit in Anspruch nehmen. Wenn zeitaufwendige Verhandlungen liefen, könne die Europäische Union weitere Rechtsakte erlassen, welche mit der ursprünglichen Fassung zusammenhängen. Dann können diese neuen Rechtsakte aber solange nicht übernommen werden, bis eine Lösung für den ursprünglichen Rechtsakt gefunden wurde. Ein erheblicher Teil des «Backlog» sei auf dieses Problem zurückzuführen.

Die Gespräche mit der EU bezüglich dem «Backlog» begannen im 2011. Im 2013 wurde ein Projekt zur Effizienzsteigerung initiiert. Die Ziele des Projekts waren Engpässe und Massnahmen zu identifizieren, um eine zügigere Bearbeitung der EWR-relevanten Rechtsakte zu definieren. Der Ständige Ausschuss der EFTA beschloss im Mai 2014 das Verfahren zu überarbeiten und ein neuer Ablauf wurde ab Oktober 2014 umgesetzt. Nach dieser achtmonatigen Anwendungsphase kommt das EFTA-Sekretariat zum Schluss, dass die neuen Verfahren gut funktionieren.

Die EU-Rechtsakte zum Europäischen System der Finanzaufsicht befinden sich weiterhin im Übernahmeverfahren in das EWR-Abkommen. Im Herbst 2014 konnte eine politische Einigung über ein Modell zur Übernahme der EU-Rechtsakte durch die Europäischen Finanzmarktaufsichtsbehörden erzielt werden.

Abschliessend berichtete der Präsident des EFTA-Gerichtshofs, Carl Baudenbacher, über die Errungenschaften und Herausforderungen des Gerichtshofs anlässlich

seines 20-jährigen Jubiläums. Dabei hob er hervor, dass sich der EFTA-Gerichtshof etabliert habe und nach schwierigen Jahren zu Beginn nun als feste Einrichtung respektiert sei. In seinen Ausführungen ging er auch auf wichtige Entscheidungen der vergangenen Jahre ein.

52. EFTA-Ministertreffen am 22. Juni in Schaan

Beim diesjährigen Treffen mit den EFTA-Ministern hatte die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick den Vorsitz inne. Ebenfalls anwesend waren der isländische Aussenminister Gunnar Bragi Sveinsson, der schweizerische Wirtschaftsminister Johann Scheider-Ammann sowie die norwegische Staatssekretärin für Handel und Industrie Dilek Ayhan.

Die Vorsitzende informierte über die neusten Entwicklungen bezüglich Freihandelsabkommen. Momentan unterhält die EFTA 25 Freihandelsabkommen mit 35 Staaten. Verhandlungen über Freihandelsabkommen finden derzeit mit Indien, Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Vietnam statt. Unterbrochen sind die Verhandlungen mit Algerien, Honduras, Thailand und den Mitgliedern der Zollunion Russland-Weissrussland-Kasachstan. Sogenannte Zusammenarbeits-erklärungen bestehen momentan mit Georgien, Mauritius, Mercosur, Mongolei, Myanmar und Pakistan.

Während des Treffens fanden weitere Vertragsunterzeichnungen statt. Guatemala wurde offiziell ins EFTA-Abkommen mit Zentralamerika aufgenommen. Mit Ecuador wurde eine Zusammenarbeitserklärung unterzeichnet.

16. Joint-Meeting mit dem Konsultativkomitee am 22. Juni in Schaan

Eine weitere Sitzung fand mit den Sozialpartnern der EFTA-Staaten statt. Dabei wurden die Delegierten über die neusten Entwicklungen und Konsequenzen einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den USA aus Sicht der einzelnen EFTA-Staaten informiert. Didier Chambovey erläuterte die verschiedenen Möglichkeiten für etwaige Verhandlungen, Jan Farberg ging auf die zu erwartenden Nachteile für die norwegische Fischerei ein und Bergthor Magnusson informierte, dass Island seit 2013 eine themenbezogene Arbeitsgruppe eingesetzt habe. Abschliessend erläuterte Dag Werner Holter, Stellvertretender Generalsekretär der EFTA, die möglichen Auswirkungen eines TTIP auf das EWR-Abkommen.

7. MPS-Büro Meeting am 17. November 2015 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Ebenso waren Abgeordnete der weiteren EWR/EFTA-Staaten Norwegen und Island, der Präsident der EFTA Surveillance

Authority, Sven Erik Svedman, sowie Vertreter der Norwegischen Botschaft bei der EU anwesend.

MPS Büro Meeting

Das Parlamentarierkomitee der EWR/EFTA-Staaten berät einmal jährlich das eingereichte Budget der EFTA-Überwachungsbehörde (EFTA Surveillance Authority, ESA). Der Präsident der ESA stellte das Budget mit einer Erhöhung von 6.4% vor. Die Erhöhung hängt einerseits mit der Einführung von neuen Regeln über den «Savings Fund» der Mitarbeitenden der ESA, andererseits mit der Schaffung von zwei neuen Stellen zusammen. Der liechtensteinische Delegationsleiter führte aus, dass Liechtenstein nicht glücklich über die beträchtliche Budgeterhöhung sei, diese aber weitgehend gerechtfertigt sei und daher unterstützt werde. Die norwegische Delegation – welche 89% des Budgets bestreitet – stimmte ebenfalls zu. Lediglich der isländische Delegationsleiter brachte Bedenken an. Abschliessend wurde das Budget zur Kenntnis genommen und die Draft Opinion verabschiedet.

8. 7. Treffen der EWR/EFTA-Minister mit dem Parlamentarier- und Konsultativkomitee am 17. November 2015 in Brüssel

Delegationen

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den Vertretern aus Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Die Abgeordneten aus der Schweiz waren als Beobachter anwesend. Auf Ministerseite waren der norwegische Europaminister Vidar Helgesen, die isländische Botschafterin bei der Europäischen Union Bergdis Ellertsdottir sowie die liechtensteinische Aussenministerin Aurelia Frick vertreten. Ebenfalls anwesend waren Mitglieder des Konsultativkomitees der EFTA-Staaten.

Meeting am 17. November 2015

Zum siebten Mal fand eine gemeinsame Sitzung zwischen den EWR/EFTA-Ministern, dem EFTA-Parlamentarierkomitee sowie dem EFTA-Konsultativkomitee im EFTA-Sekretariat in Brüssel statt. Dieses jährliche Treffen findet jeweils im Zusammenhang mit dem EWR-Rat statt und bietet den beteiligten Gremien die Möglichkeit, sich über die neusten Entwicklungen im EWR-Abkommen auszutauschen.

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden des Parlamentarierkomitees Elfried Hasler und dem Vorsitzenden des Konsultativkomitees Vidar Bjornstad gemeinsam geleitet.

Der derzeitige Vorsitzende des EWR-Rats, der norwegische Minister Helgesen, informierte die Komitees über die Diskussionen im EWR-Rat zur allgemeinen Funktionsweise des EWR-Abkommens sowie über den politischen Dialog. In seinen Äusserungen hob er die positiven Entwicklungen seit der letzten Sitzung des EWR-

Rats hervor. Dazu zählten insbesondere die Einigung über die Weiterführung des Finanzierungsmechanismus für die Periode 2014-2021, die Fortschritte bei der Errichtung der Europäischen Finanzaufsichtsbehörden sowie die eingeleiteten Massnahmen der EWR/EFTA-Staaten zur Reduzierung der Übernahme von ausstehenden Rechtsakten in das EWR-Abkommen.

Der Vorsitzende führte weiter aus, dass auch die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), die bevorstehende UN-Klimakonferenz in Paris aber auch das dritte Paket zum Energiebinnenmarkt kurz thematisiert wurden.

9. 4. Gemeinsames Meeting mit dem EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden und dem EWR/EFTA-Parlamentarierkomitee am 17. November 2015 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben den Vertretern aus Liechtenstein nahmen Delegationen aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen teil. Die schweizerischen Abgeordneten waren als Beobachter anwesend.

Das EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden wurde durch seine gewählten Mitglieder aus Island und Norwegen vertreten. Die Schweiz wurde durch einen Beobachter vertreten. Liechtenstein beteiligt sich nicht an diesem im Jahr 2009 etablierten Gremium.

Meeting am 17. November 2015 in Brüssel

Im Mittelpunkt des Treffens stand der gegenseitige Informationsaustausch. Die Vorsitzenden berichteten über die Themen, welche in den jeweiligen Komitees aktuell diskutiert werden.

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden des Parlamentarierkomitees Elfried Hasler und dem Vorsitzenden des Forums Halldor Halldorsson gemeinsam geleitet. Der Vorsitzende des Forums für Lokale und Regionale Behörden berichtete, dass das Forum sich seit der Gründung bereits zwölf Mal getroffen habe. Dabei hätten sie Opinions zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), zur Personenfreizügigkeit im EWR-Raum aber auch zur UN-Klimakonferenz in Paris verabschiedet. Anschliessend berichtete Elfried Hasler über die Aktivitäten des Parlamentarierkomitees im Jahr 2015 und unterstrich dabei die Arbeit des Komitees rund um das Thema TTIP.

Abschliessend folgten kurze Präsentationen zu TTIP von Georges Baur, Assistent des Generalsekretärs der EFTA, sowie Robert Ronström vom EU Komitee der Regionen.

10. Gemeinsame Konferenz des EWR/EFTA-Parlamentarier- und Konsultativkomitees zum Thema «The European Project in turbulent Times» am 18. November 2015 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesem Treffen durch die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Ebenso waren Parlamentarier aus den weiteren EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen anwesend. Weitere Teilnehmer waren die Mitglieder des Konsultativkomitees sowie Vertreter des EWR/EFTA-Forum für Lokale und Regionale Behörden.

Konferenz «The European Project in turbulent Times» am 18. November 2015 in Brüssel

Die alle zwei Jahre stattfindende Konferenz wurde vom EFTA-Sekretariat in Brüssel organisiert. Aus aktuellem Anlass wurde das Thema «Europäische Integration» gewählt.

Die Europäische Union steht inmitten einer Reihe zusammenhängender Krisen und Herausforderungen, einschliesslich der Wirtschaftskrise, der hohen Arbeitslosigkeit, Euroskepsis, eines möglichen «Brexit» und der Migrations- und Flüchtlingskrise. Die hochkarätigen Referenten trugen dazu bei, den zahlreichen Teilnehmern ein besseres Verständnis für die Komplexität der aktuellen Situation und Zukunftsperspektiven für die europäische Zusammenarbeit zu vermitteln.

Zuerst sprach Caroline de Gruyter, Korrespondentin für europäische Angelegenheiten beim holländischen NRC Handelsblad in Wien. In ihrer Rede ging sie auf die Beziehungen zwischen globalen, europäischen und nationalen Ebenen ein. Ebenso sprach sie über die Auswirkungen der verschiedenen Krisen bei der europäischen Zusammenarbeit und Demokratie. Der nächste Redner, Janis Emmanouilidis, politischer Analyst und Studienleiter am European Policy Centre in Brüssel, sprach über die aktuelle «Lage der Nation» sowie über mögliche Perspektiven einer europäischen Integration in den kommenden Jahren.

Die weiteren Redner, Demetrios Papademetriou, Präsident des Migration Policy Instituts Europe, Peter Bosch, Experte bei der Europäischen Kommission in der Generaldirektion für Migration und Innere Angelegenheiten und Max Uebe, Referatsleiter in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration, sprachen zu den kurz- und langfristigen Herausforderungen der Migrations- und Flüchtlingskrise.

11. 45. Meeting des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees (Joint Parliamentary Committee) vom 19. November 2015 in Brüssel

Delegation und Teilnehmer

Am 45. Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees waren die Landtagsabgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter), Harry Quaderer sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Neben Liechtenstein nahmen Delegation aus Island und Norwegen teil. Eine Schweizer Delegation war als Beobachterin anwesend. Seitens des EU-Parlaments nahmen Abgeordnete aus Dänemark, Schweden und dem Vereinigten Königreich teil.

Durch die Sitzung führte der Abg. Elfried Hasler als Vorsitzender des Komitees.

Entwicklungen des EWR-Abkommens

Nach der Eröffnung der 45. Gemeinsamen Sitzung des EWR- und EU-Parlamentarierkomitees wurden die Teilnehmer über die allgemeinen Entwicklungen und das Funktionieren des EWR-Abkommens informiert. Es sprachen Vertreter des EWR-Rats, des Gemeinsamen EWR-Ausschusses sowie der EFTA-Überwachungsbehörde.

In gewohnter Weise wurde auch der «Backlog» thematisiert. Dabei handelt es sich um EWR-relevante Rechtsakte, die noch nicht in das EWR-Abkommen inkorporiert wurden, aber auf der EU-Seite bereits anwendbar sind. Seit einiger Zeit wird versucht, das entsprechende Rechtsübernahmeverfahren zu beschleunigen, so dass der anwendbare und für den Binnenmarkt relevante Rechtsbestand im EWR so zeitnah wie möglich mit jenem in der EU im Einklang gehalten werden kann, um die Homogenität der beiden Rechtsordnungen zu gewährleisten. Zu diesem Zweck sind im Herbst 2014 neue Verfahrensregeln für ein beschleunigtes Übernahmeverfahren in Kraft getreten.

Das EFTA-Sekretariat hat im Oktober 2015 die ersten statistischen Resultate aus der Anwendung dieser neuen Verfahrensregeln den EWR/EFTA-Staaten präsentiert. Daraus ergibt sich, dass die neuen Regeln insofern die gewünschte Wirkung haben, als die Zeit zwischen der Veröffentlichung eines EU-Rechtsakts im Amtsblatt der EU und seiner Übernahme ins EWR-Abkommen kürzer geworden ist. Es scheint aber, dass die Einführung dieser neuen Verfahrensregeln keine grosse Wirkung auf den eigentlichen «Backlog» gehabt hat, der seit Herbst 2014 mehr oder weniger gleich geblieben ist. Der Grund dafür könnte sein, dass sich die EWR/EFTA-Staaten und die EU-Seite bei zahlreichen, seit langem hängigen EU-Rechtsakten noch nicht über erforderliche Rechtsanpassungen einigen konnten, und dass neue, damit verbundene Rechtsakte deswegen blockiert werden bzw. nicht in den EWR übernommen werden konnten. Ein Beispiel dafür sind die hängigen EU-Rechtsakte, die mit den Europäischen Finanzmarktaufsichtsbehörden verbunden sind und die immer zahlreicher werden.

Das neue Protokoll zum EWR-Abkommen betreffend den EWR-Finanzierungsmechanismus für die neue Periode ab 2014 konnte am 17. Juli 2015 nach langen und schwierigen Verhandlungen der EWR/EFTA-Staaten mit dem Europäischen

Auswärtigen Dienst der EU paraphiert werden. Nach einer anfänglichen Forderung der EU-Seite von einer Erhöhung der EWR/EFTA-Beiträge um insgesamt 82% konnte man sich schlussendlich auf eine Beitragserhöhung um 11.3% einigen. Eine Unterzeichnung des Übereinkommens über den EWR-Finanzierungsmechanismus 2014-2021 ist im ersten Quartal 2016 zu erwarten.

Jahresbericht 2014 über das Funktionieren des EWR-Abkommens

Das Gemeinsame EWR und EU-Parlamentarierkomitee (JPC) verabschiedet jedes Jahr einen Bericht und Beschluss zum Jahresbericht des Gemeinsamen EWR-Ausschusses. Die beiden Berichterstatter Elfried Hasler und Jorn Dohrmann unterstrichen in ihren Ausführungen, dass der Bericht wie auch die Resolution wichtige Instrumente zur Wahrnehmung der Aufgaben des JPC als Beratungsgremium sind.

Die Resolution hält fest, dass die zeitnahe Umsetzung der relevanten Rechtsakte in das EWR-Abkommen, sowohl für die Europäische Union als auch für die EWR/EFTA-Staaten sehr wichtig ist. Ebenso begrüsst der Beschluss die im Oktober 2014 in Kraft getretenen neuen Massnahmen zur Effizienzsteigerung bei der fristgerechten Umsetzung von Rechtsakten in das EWR-Abkommen.

Die Resolution begrüsst die politische Einigung im 2014 zur Übernahme der Europäischen Finanzmarktaufsichtsverordnung und fordert alle Beteiligten auf, die relevanten Rechtsakte so schnell als möglich in das EWR-Abkommen zu übernehmen.

Weiter hält die Resolution fest, dass die EWR/EFTA-Staaten eine volle Teilnahme, ohne Stimmrecht, bei ihrer Mitwirkung an EU-Agenturen verlangen. Das Komitee bedauert, dass den EWR/EFTA-Staaten bei BEREC (Europäische Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation) lediglich ein Beobachterstatus zuerkannt wurde. Das JPC ersucht die Europäische Union eine volle Teilnahme, ohne Stimmrecht, für die EWR/EFTA-Staaten bei BEREC zu erwägen. Die Resolution (Beilage) wurde einstimmig angenommen.

Bericht «The Digital Single Market Strategy»

Im Anschluss an die Lissabon-Strategie hat die Europäische Kommission ihre Mitteilung «2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum» präsentiert. Die Kommission schlägt dabei sieben Leitinitiativen vor. Eine der Leitinitiativen ist die «Digitale Agenda für Europa», um den Ausbau schneller Internet-Zugangsdienste zu beschleunigen und die Vorteile eines digitalen Binnenmarkts für Haushalte und Unternehmen zu nutzen. Das Ziel dieser Initiative ist es, einen nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen aus einem digitalen Binnenmarkt zu ziehen.

Die Kommission hat sich die Schaffung eines digitalen Binnenmarkts zum Ziel gesetzt, in dem Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital frei zirkulieren können. Bürger sowie Unternehmen sollen problemlos und unter fairen Bedingungen online Waren und Dienstleistungen kaufen können.

Das Komitee begrüsst die Veröffentlichung der digitalen Binnenmarktstrategie und fordert die EWR/EFTA-Staaten sowie die beteiligten Akteure zur Teilnahme an öffentlichen Konsultationen zum digitalen Binnenmarkt auf.

Abschliessend zum Bericht folgte eine Information von Linda Corugedo Steneberg seitens der Europäischen Kommission.

Bericht «The Energy Union»

Die Europäische Kommission kündigte im Februar 2015 die Schaffung einer «Energieunion» an. Die Energieunion soll einerseits die Energieversorgungssicherheit der Europäischen Union durch Diversifizierung der Versorgung und andererseits die Schaffung eines stärker integrierten und transparenten europäischen Energiemarkts erhöhen. Die Energieunion definiert auch Energieeffizienzziele und CO₂-Reduktionsziele, um den Übergang zu effizienterem Energieverbrauch, der Entwicklung der einheimischen Energiequellen sowie Forschungs- und Innovationsaktivitäten zu unterstützen.

Das Paket zur Energieunion folgt auf frühere Initiativen der Kommission wie der Energiesicherheitsstrategie oder dem Rahmen-Regelwerk zur Klima- und Energiepolitik 2030. Darüber hinaus ist eine «stabile Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimapolitik» Teil von Junckers zehn Prioritäten seiner fünfjährigen Amtszeit.

Aufgrund der starken Integration der EWR/EFTA-Staaten in den Energiebinnenmarkt sowie die Ausrichtung ihrer nationalen Klima- und Energiepolitik auf die Europäische Union ist der Vorschlag der Kommission zur Energieunion von Bedeutung für die EWR/EFTA-Staaten. Seitens der Europäischen Kommission sprach Dominique Ristori zum aktuellen Stand der Energieunion.

Nächstes Treffen

Das nächste Treffen des Gemeinsamen EWR- und EU-Parlamentarierkomitees findet vom 18. bis 20. Mai 2016 in Liechtenstein statt.

12. 111. CMP- und 78. MPS-Meeting sowie 53. EFTA-Ministertreffen am 23. November 2015 in Genf

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war an diesen Treffen durch die Abgeordneten Elfried Hasler als Delegationsleiter und Harry Quaderer vertreten. Neben den liechtensteinischen Abgeordneten nahmen Parlamentarierdelegationen aus den weiteren EFTA-Staaten Island, Norwegen und der Schweiz teil. Ebenso waren die Minister der EFTA-Staaten anwesend.

111. CMP- und 78. MPS-Meeting am 23. November 2015 in Genf

Nach der Eröffnung der Sitzung folgte die Berichterstattung über die politischen Entwicklungen in den EFTA-Staaten. Dabei berichteten die Delegationsleiter über aktuelle Themen in ihren Parlamenten.

Abschliessend informierte Botschafter Didier Chambovey das Parlamentarierkomitee über das Vorgehen zur Modernisierung des Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Mexiko.

53. EFTA-Ministertreffen am 23. November 2015 in Genf

Das 53. EFTA-Ministertreffen wurde vom norwegischen Minister für EWR- und EU-Angelegenheiten, Vidar Helgesen, präsiert. Er informierte das Parlamentarierkomitee über die neusten Entwicklungen der EFTA-Drittlandbeziehungen sowie über den Dialog zwischen der EFTA und den Vereinigten Staaten bezüglich den laufenden Verhandlungen über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den USA.

Das EFTA-Netzwerk besteht derzeit aus 25 Freihandelsabkommen mit 36 Ländern und Territorien. Das Netzwerk wird von sechs gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit mit neun Ländern ergänzt.

Die Minister bekräftigten ihr Engagement für das regelbasierte multilaterale Handelssystem der Welthandelsorganisation (WTO). Sie betonten die Notwendigkeit, an der zehnten WTO Ministerkonferenz im Dezember in Nairobi glaubwürdige Ergebnisse, welche die Bedeutung der WTO bekräftigen, zu erreichen.

Weiter erörterten die Minister den Stand der Dinge bei den EFTA-Freihandelsverhandlungen mit Indien und unterstrichen dabei, die Verhandlungen möglichst bald abschliessen zu wollen. Ebenso sollen die Verhandlungen mit Malaysia, den Philippinen und Vietnam weitergeführt und diejenigen mit Indonesien wieder aufgenommen werden. Der erfolgreiche Start der Verhandlungen mit Georgien sei sehr begrüssenswert. Anfang Dezember werde bereits die zweite Verhandlungsrunde in Genf stattfinden. Die Verhandlungen mit Algerien, Thailand, Honduras sowie der Zollunion von Russland, Weissrussland und Kasachstan seien weiterhin auf Eis gelegt.

Die Minister berichteten abschliessend über ihren Meinungsaustausch mit Botschafter Michael Punke, stellvertretender US-Handelsdelegierter, bezüglich den TTIP-Verhandlungen der Europäischen Union und den USA.

13. Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees vom 24. bis 26. November 2015 in Tiflis

Delegation und Teilnehmer

Liechtenstein war bei diesem Arbeitsbesuch durch die Abgeordneten Elfried Hasler (Delegationsleiter) und Harry Quaderer vertreten. Neben den liechtensteinischen

Delegierten nahmen Parlamentarier aus den weiteren EFTA-Staaten Norwegen und der Schweiz teil.

Ziel des Besuchs

Das Hauptziel des Besuchs war einerseits, die handelspolitische Zusammenarbeit zwischen der EFTA und Georgien zu fördern und andererseits, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Parteien zu unterstützen. Zu diesem Zweck traf sich das Parlamentarierkomitee mit Gesetzgebern, Beamten und Interessensgruppen.

Gespräche mit verschiedenen Partnern

Die erste Verhandlungsrunde zum Freihandelsabkommen zwischen Georgien und der EFTA fand vom 1. bis 4. September 2015 statt. Das Komitee nutzte seinen Besuch um die parlamentarische Dimension der Freihandelsverhandlungen zu stärken und sich mit verschiedenen Parteien über die laufenden Verhandlungen auszutauschen.

Bei den Treffen bekräftigte das Komitee seine Unterstützung zu einem umfassenden Freihandelsabkommen. Ebenso drückte es die Hoffnung auf ein ehrgeiziges Abkommen, welches zu stärkeren Handelsbeziehungen zwischen Georgien und der EFTA führen könnte, aus.

Während des zweitägigen Arbeitsbesuches fanden Gespräche mit dem Parlamentspräsidenten David Usupashvili, mit Zviad Kvatchantiradze, Vize-Vorsitzender des Komitees für Auslandsbeziehungen, mit Levan Berdzenishvili, Vorsitzender des Komitees für europäische Integration, Zurab Tkemaladze, Vorsitzender des Komitees für Wirtschaft, mit dem georgischen Aussenminister Giorgi Kvirikashvili, mit Genadi Arveladze, Stellvertretender Minister für Wirtschaft und nachhaltige Entwicklung, mit Nodar Kereselize, Stellvertretender Minister für Landwirtschaft sowie mit verschiedenen Vertretern der Geschäftswelt statt.

Die EFTA-Parlamentarier nahmen bei dem Arbeitsbesuch auch die Gelegenheit wahr, andere relevante Themen wie die Beziehung zwischen Georgien und der Europäischen Union zu diskutieren.

Inzwischen fand vom 1. bis zum 4. Dezember 2015 die zweite Verhandlungsrunde zum Freihandelsabkommen statt. Gemäss Presseaussendung fanden die Verhandlungen in einer sehr konstruktiven und effizienten Atmosphäre statt und in allen Bereichen konnten wesentliche Fortschritte erzielt werden.

14. Zusammenarbeit

Im Berichtsjahr ist die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Landtag im Bereich der EWR/EFTA-Delegation weiterhin gut verlaufen. Es wurden jeweils vor den Sitzungen Informationen und Stellungnahmen von den zuständigen Stellen zu den traktandierten Themen eingeholt. Die Delegation stand in Kontakt zum Amt für Auswärtige Angelegenheiten, zur Stabsstelle EWR sowie zur Ständigen Vertretung in

Genf. So konnte gewährleistet werden, dass die liechtensteinische Aussenpolitik koordiniert wahrgenommen wurde.

15. Reisekosten und Taggelder der Delegation

Im Jahr 2015 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 48'239 (Vorjahr CHF 43'983). Die Taggelder machten im Jahr 2015 CHF 29'400 (Vorjahr CHF 24'200) aus.

16. Schlusswort und Antrag

Die liechtensteinische Delegation nahm in Laufe des Jahres 2015 an insgesamt 19 Tagen an acht Arbeitstreffen der drei EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees teil. Der vorliegende Bericht gibt einen summarischen Überblick über die behandelten Themen.

Die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees bilden, gerade für einen Kleinstaat wie Liechtenstein mit beschränkten aussenpolitischen Ressourcen, eine wertvolle und effiziente Plattform für den gegenseitigen Austausch innerhalb der EFTA-Staaten und mit Drittstaaten. Der fortlaufende Dialog, in- und ausserhalb der offiziellen Traktanden, zwischen Parlamentariern der EFTA-Staaten, mit EU-Parlamentariern und auch mit Parlamentariern aus aktuellen und potenziellen Abkommensstaaten, trägt zum besseren gegenseitigen Verständnis bei und unterstützt wichtige Verhandlungen im Bereich des Freihandels.

Auf Initiative der liechtensteinischen Delegation soll im 2016 die Arbeitsweise des Joint Parliamentary Committees (JPC) einer Überprüfung unterzogen werden. Ziel ist es, diese Plattform für den Austausch mit EU-Parlamentariern, künftig noch besser zu nutzen und die Arbeitsabläufe zu optimieren.

Abschliessend möchte ich mich bei den Mitgliedern der schweizerischen, norwegischen und isländischen Delegation für die freundschaftliche und konstruktive Zusammenarbeit bedanken. Mein Dank gilt insbesondere auch meinem Delegationskollegen Harry Quaderer und der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für die sehr gute Zusammenarbeit. Besonders bedanken möchte ich mich auch beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Stabstelle EWR und dem EFTA-Sekretariat für die professionelle Unterstützung der Delegation.

Wir bitten den Hohen Landtag, den Jahresbericht 2015 der Delegation für die EWR/EFTA-Parlamentarierkomitees zur Kenntnis zu nehmen.

Der Delegationsleiter

Elfried Hasler

Gamprin, im Januar 2016